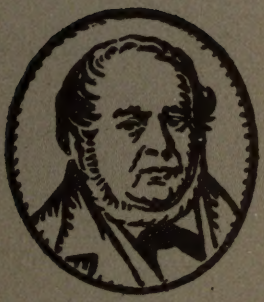
Deutsche Gemeinwirtschaft

Schriftenreihe
Herausgeber: Erich Schairer
Heft 16

Walther Rathenau

Autonome Wirtschaft



UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY

Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena

R2344a

Walther Rathenau

Autonome Wirtschaft

LIBRARY
UNIVERSITY OF TORONTO

197253
10. 7. 25

Erstes bis zehntes Tausend

Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1919

Germany

Was uns geschehen ist, wissen nur wenige. Und die es wissen, sind zumeist beschäftigt, sich und das ihre in Sicherheit zu bringen. Die Menge und ihre Exponenten, die Politiker des Tages, freuen sich einer Art von Macht und meinen, es habe sich im Innern so vieles zum Guten geändert, so werde sich auch nach außen manches ändern.

Im Innern, im wahren Innern, im Innern des Volkes hat sich gar nichts geändert. Nur die Disziplin ist gebrochen, und die Schlagworte sind neu. Eine Revolution ist nicht gewesen, sondern ein Krawall mit Aufseherflucht. Die Menschen sind die gleichen wie 1914, nicht selbständiger, nicht freier, nicht unabhängiger; wer damals sagte: feste druff, sagt heute: alle Macht den Räten.

Die Friedensbedingungen sind nicht erfüllbar. Also, heißt es, werden sie nicht erfüllt. Richtig. Und den Feinden geht es nicht viel besser. Auch richtig. Was also kann uns geschehen?

Es kann uns geschehen, und es geschieht uns, daß wir in Feindes Hand sind und in Feindes Hand bleiben. Es ist kein Friede geschlossen, und es wird keiner geschlossen, trotz vierundzwanzig Ratifikationen. Der Krieg geht weiter, alle gegen einen, wenn auch ohne Sprengstoffe.

Das bedeutet nicht, daß man uns die letzte Kuh aus dem Lande schleift. Im Gegenteil, man wird uns ab und zu eine Ladung Speck vorwerfen. Auch nicht, daß man die letzte Mark pfändet. Im Gegenteil, die Vorkämpfer des freien Handels mit dem vibrierenden Herzenston haben längst ihre profitablen Dollarvorschüsse in der Tasche. Das bedeutet auch nicht, daß man jede Forderung zur rechten Zeit und restlos eintreibt. Im Gegenteil, mancher winselnde Unterhändler wird uns daheim erzählen, wie derb und erfolgreich er auf den Tisch geschlagen hat.

Wohl aber bedeutet es, daß wir in ihrer Macht sind. (Die Ehre ist gerettet, sagen die Schieber, die zum Rennen fahren.) Wir stehen unter Kuratel. Unter Fremdherrschaft. Wir gewöhnen uns daran, wie vormals die Türken, zu schnüffeln, wie „bei den Mächten" der Wind weht, wie „man" in Paris und London gestimmt ist, was Monsieur Un Tel oder Mister Somebody zuverlässig geäußert haben soll, ob der Herr Ministerpräsident oder Kabinettchef leutselig war, ob der Vorsitzende der Entschädigungskommission gut geschlafen hat und zu sprechen sein wird. Nun, wir kennen ja solches aus der Zeit allergnädigsten Geruhens. Die andern aber werden

uns nicht grob und herausfordernd mißhandeln, sondern gelassen und langmütig, manchmal ironisch nach dem Wort verfahren: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein. Und diese Pein wird so recht von oben herunter, bedauernd, verächtlich, wissenschaftlich, selbsttätig wirkend gehandhabt. Unsere Öffentlichkeit drückt beide Augen zu, wie bei der letzten Fochnote, und tut, als ob sie nichts merke. Spei einer Dirne ins Gesicht, heißt es im Orient, sie sagt: es regnet.

Einzelne Diplomaten und Geschäftsleute finden das alles ganz schön, der Zudrang zu allerlei Handreichungen beweist es. Warum denn gleich verzweifeln, oh, und gar Pessimist sein? Geht es nicht mehr, wie früher, mit Herrschaftsmienen und Unnahbarkeit, so geht es mit milder Süße und vorurteilsfreiem Kriechen. Weltherrschaft? Wir haben sie nie gewollt. Auch in schwachen Staaten, in getretenen Staaten gibt es schöne Posten, gute Posten, interessante Posten.

Es gibt nichts Törichteres, Unwürdigeres, Pöbelhafteres, als das Gebettel und Gebarm um den Eintritt in den eingebildeten Völkerbund. Als der Völkerbundgedanke wahrhaft war, wollte man ihn nicht, nun, da er lügenhaft geworden die unheilige Allianz bemäntelt, umschmeichelt man ihn.

Unsere Bittgesuche und Beschwerden wird man annehmen und insgeheim darüber abstimmen, gleichviel ob wir drinnen oder draußen sitzen, ob wir unsere schmelzenden Argumente mündlich oder schriftlich vertreten. Die angeblichen Vorteile, die man an unseren verzögerten Eintritt zu knüpfen vorgibt, wird man mühelos zunichte machen, wenn man uns vorzeitig und verdrossen die Tür aufschließt. Würdiger — wenn von Würde noch die Rede sein kann — ist es, draußen zu stehen, würdiger und nützlicher.

Auch in seiner besten Form war der Völkerbundsgedanke bestenfalls ein Anfang, Polizei statt Wohlfahrt. Wer das zehntausendjährige Ringen der Menschenvölker als eine Reihe von Ungezogenheiten auffaßt, der kann glauben, daß ein bloßes Schiedsgericht ewigen Frieden stiftet. Ein naives Volk, dem nichts fehlt, wie das amerikanische, kann das glauben. Es sieht in jeder Völkerbewegung einen Unfug, an dem jemand schuld sein muß. Ich rechtfertige den letzten Krieg nicht, er war mit zuviel innerdeutschem Unrecht gesättigt, aber ich lasse die Unfugtheorie nicht gelten.

Schiedsgerichte können zur Not Rechtsfragen entscheiden, niemals Daseinsfragen. Wenn ich der Polizei sage, mein Groschen ist mir gestohlen worden, so macht sie ein großes Wesen, wenn ich ihr

sage, ich habe Hunger, ich kann nicht leben noch sterben, so sagt sie mich weg oder sperrt mich ein.

Wir werden ja sehen, was geschieht, wenn wir oder die Türken zum Völkerbund sprechen: gebt uns die oder die Kolonien oder Herrschaftsgebiete zurück, sonst gehen wir zugrunde. Oder macht wenigstens die Werkstoffe der Welt allen zugänglich. Was? wird es heißen, hört ihr noch immer nicht auf, das Gut eures Nächsten zu begehren?

Könnte nicht dennoch am Ende aller Tage ein Völkerbund zum Menschheitsbunde werden, der die Daseinsbedingungen aller ausgleicht?

Freilich könnte er das: sobald nämlich die Menschen ein klein wenig anders, nämlich selbstlos geworden sind. Ich bezweifle nicht, daß sie das werden, ich bezweifle aber, daß sie es in den nächsten Jahren werden.

Man denke sich das englische Parlament. Der Kolonialminister sagt: „Von zwei Nationen sind Anträge an den Völkerbund gerichtet worden. Sie behaupten, sie könnten nicht leben noch sterben, sie brauchen Kolonialland oder eine anderweite Verteilung kolonialer Güter. Ein ähnlicher Antrag ist meines Wissens vor Zeiten von Helvetiern an Julius Cäsar gelangt, ich glaube ohne Erfolg. Unsere Untersuchung ergibt, daß es den beiden Nationen wirklich schlecht geht; die Berechnung ergibt, daß es für jeden Engländer eine Steuerbelastung von einem Pfund Sterling bedeutet, wenn wir dem Antrag stattgeben."

Was würde das Parlament antworten?

Es würde antworten: Sir, Sie sind verrückt. Wir werden eine Kommission zu den beiden unverschämten Nationen schicken, die wird beweisen, daß es ihnen ausgezeichnet geht, und daß wir unsererseits noch etwas von ihnen zu bekommen haben. An dem Pfund Sterling liegt uns gar nichts, wir werden es für eine Nationalstiftung sammeln. Wir sind großmütig, aber zum Narren lassen wir uns nicht halten.

Solange diese Antwort nicht wahrscheinlich, sondern sicher ist, mag der Völkerbund bestenfalls eine gute juristische Behörde mit Moralaufstrich sein, ein Menschheitsbund ist er nicht. Ebenso lange aber ist es eine ausgemachte Torheit, anzunehmen, daß es keine Kriege mehr geben wird. Im Gegenteil. Die Reihe der Weltkriege hat erst begonnen, sie wird in Zwischenräumen von etwa einem Menschenalter andauern, bis die Weltrevolution beendet ist.

Wir werden den nächsten Weltkrieg nicht machen, denn wir sind

zu schwach und zu arm, aber mit um unseretwillen wird er gemacht werden. Wir haben genug. Wir sind nicht rachsüchtig. Dennoch ist es würdiger zu sagen: n'en parlons jamais, pensons-y toujours, als immer wieder mit dem Schweif unserer verprügelten Friedensliebe zu wedeln.

Wenn es für uns eine Völkerbundspolitik gibt, so ist es die: mit allen Nationen, die dem falschen Friedensbund nicht angehören, einen echten Friedensbund zu gründen, und dann die beiden Bünde auf Grund starker und klarer Vereinbarungen zu einem wahren Menschheitsbunde zu verschmelzen. Das ist besser, ehrlicher und stärker, als Mann für Mann unter schlechte Satzungen, feindliche Gesinnungen und geschlossene Majoritäten unterzukriechen.

Der Völkerbund, so wie er nach Willen der Entente ist und sein soll, kauft uns nicht los. Gibt es also für uns keinen Weg aus täglich erneuter Schmach, aus täglich sinkendem Mannesbewußtsein, aus Schuldhaft, Vormundschaft, Bettelhaftigkeit und Auslandsdienerei?

Es gibt drei Wege. Der erste ist weitaus der wahrscheinlichste, aber unbedingt zu vermeiden; der zweite liegt nicht in unserem Ermessen und ist daher nicht zu erörtern, der dritte muß gegangen werden.

Der erste Weg, der wahrscheinlichste, der unbedingt vermieden werden muß, ist der Weg der Zersplitterung. Wenn Deutschland zerplatzt — es wird mit allen Kräften gespannt und gezerrt — so ist die Wut der Gegner gestillt. Ein behäbiger Rheinbund größten Stils, von Konstanz bis Hannover, wird pfleglich behandelt, mitsamt seinen Stiefgeschwistern Elsaß, Luxemburg, Belgien, Holland; ein losgelöstes Bayern darf sich mit Österreich verbinden, und in Form einer Republick Brandenburg bleibt das Nest der Sünde übrig, außerhalb deutscher Beziehungen und menschlicher Gemeinschaft, ein Wendenland, dem man es überläßt, zum Heidentum zurückzukehren, oder sich nach den Methoden Bela Khuns zu verwalten. Die Kriegsentschädigung zerbröckelt in der Schwierigkeit der Umlage, bis auf den Rest, der uneinbringlich auf der Wendenrepublik sitzen bleibt, der Schwerpunkt des deutschen Reiches ist um dreihundert Kilometer nach Westen, in seine mittelalterliche Lage zurückgewandert, es ist entpreußt und neutralisiert, seine Hauptstädte sind Köln und Frankfurt. Die im wahren Sinne exzentrische Episode der ersten drei Preußenkönige ist beendet.

Der zweite, von unserem Willen nicht abhängige und daher nicht zu erörternde Weg bedeutet, daß sich aus irgendwelchen Gründen ein neues Kräftegleichgewicht bildet.

Der dritte Weg, der, den wir schreiten müssen, ist dieser: Die Weltentscheidungen müssen aus den Händen der verfeindeten und herrschsüchtigen Bourgeoisien in die Hände der weniger verfeindeten, unverbrauchten, freilich auch weniger sachkundigen Unterschichten gelegt werden. Dieser Weg ist kein außenpolitischer, sondern ein sozialer. Die Welt schreitet ihn ohnehin und soll ihn schreiten, aus Gründen der Gerechtigkeit. Besser wäre es gewesen, man hätte uns Zeit gelassen. Unsere Lage, nicht nur die äußere, läßt uns keine Zeit. Ein Anfang muß gemacht werden, kein fanatisch russischer, kein verzweifelt ungarischer, sondern ein durchdacht deutscher. Wer das neue Schicksal schafft, ist dem alten Schicksal entronnen.

2

Seit mehr als fünfzig Jahren ist die sozialistische Lehre um keinen Schritt vorwärts gekommen.

Sonst wüßte man die Grundwahrheit von der dreifachen Aufgabe und der dreifachen Lösung.

1. Die erste Aufgabe ist, die Wirtschaft ertragfähiger zu machen. Geschieht das nicht, so geht alles soziale Wesen an Armut und Unzufriedenheit zugrunde. Der unbeschränkte, straff geleitete Kapitalismus konnte sich über mangelnden Gesamtertrag hinwegsetzen, indem er die Arbeit aufs äußerste anspannte und verschwiegene Winkel der Not abseits duldete; keine freiere Gesellschaftsform kann und darf es.

Die Lösung ist die Neue Wirtschaft, sie und keine andere. Die Neue Wirtschaft ist an sich keine soziale Ordnung, wohl aber ist sie die Voraussetzung jeder künftigen sozialen Ordnung, eben weil sie den unentbehrlichen Ertrag schafft. An sich läßt sie sich jeder sozialen Ordnung angliedern — da sie selbst nichts anderes als gegliederte Wirtschaft ist — sogar der kapitalistischen; doch hat sie die Eigenschaft, zur sozialen Ordnung überzuleiten, deren Voraussetzungen sie enthält. Ganz auf der Höhe der Weimarischen Einsicht war es, zu behaupten, die Neue Wirtschaft hemme die soziale Verwirklichung.

2. Die zweite Aufgabe ist die des gerechten Besitzausgleichs, die Aufhebung des proletarischen Verhältnisses, die Schaffung der neuen Gesellschaft.

Diese Aufgabe, das muß endlich und für alle Zeit erkannt werden, kann durch keine wie immer geartete wirtschaftliche Maßnahme, weder durch Verstaatlichung, Sozialisierung der Betriebe noch durch ähnliches, gelöst werden. Ebensowenig kann ihre Lösung an sich alle Glieder der Gesellschaft wohlhabend machen. Der gerech-

teste Ausgleich des Besitzes und Verbrauches führt, sofern nicht die Regelung der Neuen Wirtschaft hinzutritt, nicht zur allgemeinen Behäbigkeit, sondern zur allgemeinen Armut. Denn die berühmte Theorie vom Mehrwert, die Säule der sozialistischen Doktrin, ist falsch; der verbrauchbare Mehrwert ist so geringfügig, daß er auf den Kopf etwas mehr als ein Linsengericht und etwas weniger als ein Pfund Kriegsbutter ausmacht.

Die Lösung dieser Aufgabe ist Sache der Gesetzgebung, vornehmlich durch radikale Besteuerung des Vermögens, Einkommens, Aufwandes und Erbes. Diese Besteuerung kann in jedem beliebigen Umfange, bis zur mathematischen Gleichheit des Besitzes und Verbrauchsanspruchs durchgeführt werden. Eine andere, vollkommene und dauernde Lösung gibt es nicht, selbst die restlose Expropriation der Produktionsmittel läßt immer wieder, zumal solange es ein unsozialisiertes Ausland gibt, auf dem Wege der Ersparnis, der Dienstleistungen oder der Spekulation die Möglichkeit erneuter Vermögens- und Kapitalsbildung offen.

Im vermögenstechnischen Sinne ist der Kerngedanke des Sozialismus, die Verstaatlichung der Produktionsmittel, in jenem Augenblick zur Absurdität geworden, als durch meine Darlegungen die Nebensächlichkeit des verfügbaren Mehrwertes erwiesen war. Mit keiner anderen als vermögenstechnischen Begründung ist aber von jeher diese Verstaatlichung gefordert worden. Eine Bedeutung gänzlich anderer Art, eine Bedeutung im rein erzieherischen und verantwortungschaffenden Sinne bekommt sie durch die dritte Aufgabe.

Mit der Lösung der beiden ersten Aufgaben, der Einführung der neuen Wirtschaft und eines radikalen Steuersystems sind die Forderungen des älteren Sozialismus: Aufhebung des proletarischen Verhältnisses (der „Ausbeutung"), Gleichmäßigkeit des Besitzes und Verbrauchs, allgemeiner Wohlstand, restlos erfüllt, vollkommener als die Dogmatik es vermochte. Es tritt nun eine dritte Forderung hinzu, eine Forderung, die große gefühlsmäßige Bedeutung gewonnen hat, obwohl sie innerhalb des Systems keine klare Stellung fand und auch nicht zu finden brauchte, weil man ahnte, daß sie bei vollkommener Sozialisierung sich gewissermaßen von selbst regelte. Seitdem es aber erwiesen ist, daß das materielle Sozialziel an sich ohne eigentliche Sozialisierung erfüllbar ist — eine entscheidende, noch nicht begriffene Wahrheit, auf der die Existenz der Mehrheitssozialisten beruht, ohne daß sie es wissen —, ist es nötig, diese dritte Forderung um so klarer heraus-

zuarbeiten. Denn auf ihr beruht alles, was der Sozialismus noch an Eigenart besitzt, diese Eigenart muß ihm gewissermaßen erst wieder neu erworben werden. Auf ihr beruht vor allem die Erziehung der Völker zu politischer und wirtschaftlicher Mündigkeit.

3. Die dritte Aufgabe betrifft die Vergeistigung der Arbeit.

Die Mechanisierung hat durch äußerste Arbeitsteilung die Elemente des Produktionsprozesses entgeistet. Der Arbeiter ist an ihm vorwiegend mit gedankenloser Handarbeit, der niedere Angestellte mit mechanischer Kopfarbeit beteiligt. Beiden wird die Arbeit zum Haß und Unsegen.

Freilich hat der mechanisierte Produktionsprozeß die Tendenz, Handarbeit in Überwachungsarbeit zu verwandeln, und sie hierdurch gewissermaßen von neuem zu vergeistigen. Doch diese Umwandlung dauert zu lange und geschieht nicht restlos.

Das Ziel aller Arbeit aber ist Verantwortung. Wird die Verantwortung innerhalb der Verrichtung nebensächlich, so muß sie außerhalb der Verrichtung, durch Anteil an der Arbeitsverwaltung gesteigert werden.

Die vorläufige Lösung ist das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters und Beamten im Unternehmen.

Doch diese Lösung ist unvollkommen und durch die Zeit überholt. Für den Arbeitnehmer ist jedes Mitbestimmungsrecht unzulänglich, für den Arbeitgeber unerträglich. Solange es noch ein privatwirtschaftliches Unternehmen gibt, kann dem einen Teil nicht zugemutet werden, das ganze Risiko zu tragen, während der andere Teil, der durch die Bundesgenossenschaft des Staates der Stärkere geworden ist, nicht nur einseitig seine Einkünfte bestimmt, sondern die Geschäftspolitik mitbestimmt. Daher wird diese vorläufige Lösung, wie jede Scheinlösung, rasch scheitern, die endgültige Lösung wird sie ersetzen.

Die endgültige Lösung ist: die Überführung des Unternehmens — nicht in den Besitz des Staates, wie der klassische Sozialismus fordert — sondern in den Besitz der toten Hand, einer zu schildernden Produktionsgemeinschaft, unter dem Schutz des Staates.

Hiermit ist der Sozialisierungsbegriff wiederhergestellt, der beim Zusammenbruch der Mehrwerttheorie aus dem dogmatischen Sozialgebäude herausgefallen war. Freilich, wie zu zeigen sein wird, nicht mehr in der leblosen Form des Fiskalismus.

Mit diesen drei Aufgaben und ihren Lösungen ist das Gesamtgebiet des Sozialismus umschrieben. Es müssen aber von nun an endlich die drei Arbeitsgebiete aufs entschiedenste getrennt gehalten

werden. Ein für alle Mal: die Hebung des Wohlstandes ist Sache der Wirtschaftsordnung. Die Verteilung des Wohlstandes ist Sache der sozialen Gesetzgebung. Die Hebung der Verantwortung ist Sache der Wirtschaftsverfassung und in weiterem Sinne der Staatsverfassung. Die Wohlstandsaufgabe ist nicht sozial; die Verteilungsaufgabe schafft keinen Wohlstand, die Verantwortungsaufgabe hat mit dem materiellen Ergebnis überhaupt nichts zu tun.

Sie ist aber in diesem Augenblick die dringlichste von allen. Sie ist es geworden durch Deutschlands Zusammenbruch, durch die Folgen der Revolution und durch die vorläufige Ablehnung der Neuen Wirtschaft in Weimar.

Wollen wir in irgendeiner Sache, nein in der Hauptsache, in der sozialen Sache, eine Führerschaft gewinnen — und wir müssen sie gewinnen, wenn wir leben wollen —, so haben wir an diesem Ende zu beginnen.

Deshalb habe ich die politische Erörterung vorangestellt. Sie allein macht die Sache nicht nötig — das ist sie an sich —, wohl aber dringlich. Doch es gibt entscheidendere Gründe.

3

Meine politischen und ökonomischen Schriften sind nichts anderes als eine Anwendung der Lehre von den Kräften und dem Reich der Seele; eine Anwendung der Lehre, die in der „Mechanik des Geistes" niedergelegt ist, auf die Verhältnisse des Staates, der Gesellschaft und Wirtschaft, vornehmlich in Deutschland.

Von diesem Zentrum ausgehend habe ich in der „Kritik der Zeit" die Grundlagen unserer Zivilisation erörtert, in den „kommenden Dingen" die Gebrechen der preußisch-deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung dargelegt und ihnen einen gerechteren und sittlicheren Aufbau gegenübergestellt. In den Einzelschriften: „Neue Wirtschaft" und „Neuer Staat" ist der Aufbau im einzelnen geschildert.

Rascher und gründlicher als die meisten erwarteten, sind die als fehlerhaft verurteilten sichtbaren Stützen des alten Gebäudes niedergebrochen, der Umschwung der Gesinnungen konnte nicht mit gleicher Geschwindigkeit folgen, doch er ist auf dem Wege.

Der Wiederaufbau sollte beginnen, und es war ersichtlich, daß tätige Kräfte des Landes sich zunächst der Neuen Wirtschaft zuwenden mußten, als der einfachsten und verständlichsten Aufgabe, während gleichzeitig die Not des Landes durch Abtragung des Erbrechts, des Vermögens, Einkommens und Aufwandes notgedrungen

diejenigen sittlich-gesellschaftlichen Forderungen zu verwirklichen begann, die in Wohlstandszeiten nicht in Jahrzehnten angerührt worden wären.

Es kam der Augenblick, wo ich erschrecken mußte, vor allzu vielen und allzu raschen Verwirklichungen der eigenen Forderungen zu stehen; denn wer neben der Arbeit im Geist mit der Arbeit in Dingen und Menschen vertraut ist, ermißt, daß ein Bau Zeit braucht, und daß nichts seiner Dauer und Festigkeit so feindlich widerstrebt, wie überstürztes Mauern auf übereiltem Fundament.

Mit Besorgnis verfolgte ich, was auf der Baustelle der Neuen Wirtschaft geschah, der man den Namen Planwirtschaft gegeben hatte. Ein vertrauensvoller Bauherr und ein tüchtiger Baumeister waren zur Stelle, anscheinend wurde in der Stille fleißig gearbeitet.

In der Stille! Dem deutschen Volke sollte ein Wirtschaftshaus gebaut werden, und das Volk wußte nicht wo und wie. Eine Überraschung! wie in den Zeiten der aufgeklärten Despoten und des souveränen Kanzlers. Eingeweiht waren nur die Beteiligten und — selbstverständlich — die interessierten Gegner. Von der größten, grundsätzlichsten wirtschaftlichen Umwälzung, deren Notwendigkeit und Bedeutung selbst dem Fachmann auf den ersten Blick schwer begreiflich ist, wußte die Öffentlichkeit, das betroffene Volk, so gut wie nichts. Der Hinweis auf meine Schriften, die immerhin verbreitet waren und einige Begründungen gaben, wurde vermieden, ja vor der Nationalversammlung schroff abgelehnt.

Nur einmal sah ich einen der verantwortungsvoll Beteiligten während dieser Zeit und verschwieg ihm nicht meine Besorgnis. Vierzig Jahre hat man in England Homerule erörtert, sagte ich, bis jedes Kind die Frage verstand. Und in Deutschland soll eine der Welt unbekannte Wirtschaftsreform fast ohne öffentliche Erörterung in wenigen Monaten erzwungen werden? Hier ist Aufklärung, umfassendste Aufklärung in Wort und Schrift die erste Aufgabe.

Diese Aufgabe wurde als eine politische abgelehnt. Ich begriff das nicht, denn Gesetzgebung scheint mir die eigentliche Aufgabe der Politik, nicht der Wissenschaft.

Auch in einem andern Punkt kollidierten Politik und Wissenschaft. Wissenschaft verlangt Vollständigkeit, Politik Durchführbarkeit: das heißt, den Weg zum Vollständigen über die Etappen des Unvollständigen. Sache des Augenmaßes. In der Politik kann ein Ding nicht einfach genug sein, zwei Ziele auf einmal verfolgt, gefährden sich wechselseitig.

Mit der an sich unsozialen, rein gegenständlichen Ordnung der Wirtschaft wollte man den sozialen Verwaltungsaufbau der Mitbestimmungsrechte nicht nur grundsätzlich, sondern gleich in den Einzelheiten, so rasch als möglich verknüpfen. Wissenschaftlich richtig, politisch bedenklich: es entstand ein höchst verwickelter Plan, der, unvorbereitet in die Öffentlichkeit geschleudert, die Wenigen, die ihn verstanden, erschreckte, die Vielen, die ihn nicht verstanden, entsetzte.

Theoretisch richtig, politisch falsch war es ferner, eine zweite Verquickung zuzulassen: des Wirtschaftsaufbaues mit dem Außenhandel und der Devisenregelung. Auf die Dauer sind freilich beide Gebiete nicht zu trennen, und es ist unschwer vorauszusehen, daß ungezügelte Einfuhr, gegen Auslandskredit erhandelt, angesichts unserer kranken Produktion und ungeheuren Entschädigungspflicht in wenigen Jahren zu einer der gefährlichsten Finanzkrisen führen muß.

Dennoch war es politisch geboten, hier die Zügel locker zu lassen und eine weitherzige Übergangswirtschaft des Außenverkehrs zu gestatten, auch wenn sie der Produktionsordnung im Nutzeffekt um ein Kleines Abbruch tat. Um ein Kleines: denn war die Wirtschaft geordnet, so floß ein Überschuß eingeführter Rohstoffe von selbst wieder ab; Luxuseinfuhr konnte von vornherein aufs gründlichste beschränkt werden, und technische Fertigwaren hätten uns beim Stande der Valuta nicht überschwemmt.

Dies mußte man voraussehen: daß ein merkantil ausgehungertes Land nicht gehindert werden kann, mit der Vehemenz eines physikalischen Vakuums Einfuhr einzusaugen, und daß es mißlingt, die vereinigten Handelstendenzen einer an Arbeit gewöhnten, durch Kriegszwang verärgerten Wirtschaft mit einem bürokratischen Hebelzug zu drosseln. Die Kaufbegierde von sechzig Millionen Menschen durch ein Einfuhrkommissariat zu filtrieren, war ein Ding der Unmöglichkeit.

Bis auf weiteres, während einer reichlich bemessenen Übergangszeit, mußte demnach der Außenhandel frei bleiben, bis auf eine Reihe von Einfuhrverboten, deren Durchführung den Zollämtern zu überlassen war, und auch hier waren Erleichterungen für Veredelung und Wiederausfuhr geboten. Ich halte es für möglich, daß man an der theoretischen Strenge nicht nur im Interesse der sogenannten Planwirtschaft, sondern aus einem besonderen Irrtum festhielt: offenbar befürchtete man eine unmittelbare weitere Zerrüttung der Valuta. Daß sie nur in begrenztem Umfang eintritt,

werden die nächsten Monate zeigen; denn die vereinigte private Pumpkraft des Handels schafft so viel Disponibilitäten im Auslande, daß sie den nächsten Bedarf an Waren übersteigen. Freilich, die Abrechnung kommt, wenn die langfristigen Kredite fällig werden, doch hiergegen ließ sich von langer Hand einige Vorsorge schaffen.

Wäre die neue Wirtschaftsordnung mit so furchtbaren Belastungen ins Leben getreten: unbekannt, unverstanden, mit sozialen und merkantilen Neuerungen verbunden, mit bürokratischer Handelserschwerung verquickt, von allen Kaufbedürftigen des Landes gehaßt, von den schwer betroffenen Handelsinteressen befeindet, so wäre sie in ihren ersten Lebensjahren eines schlimmen Todes gestorben und schwerlich auferstanden. Statt dessen ist sie ungeboren geblieben, bis zu dem Tage, der ihr bestimmt ist, und das ist ihr besser.

Der Tag wird kommen, doch nicht bevor ein Anderes geschehen ist. Die Betrachtung des denkwürdigen politischen Schiffbruchs habe ich ausgesponnen, um zu zeigen, daß ein theoretisch komplizierter Organismus nicht mit einem Schlage entstehen kann und darf. Da er sich von der sozialen Umgestaltung nur schwer trennen läßt, und gleichzeitig mit ihr nicht entstehen konnte, so wird er nach ihr entstehen müssen. Die Sozialordnung ist rascher gereift als die Wirtschaftsordnung: wie wir gesehen haben, durch unseren katastrophalen Zusammenbruch; wie wir sehen werden, durch die Arbeitslage. Der versuchte Weg wäre der wissenschaftlich klarere und bequemere gewesen: erst Sanierung, dann Auseinandersetzung der Ansprüche und Verwaltungen. Doch Natur und Politik hassen zuweilen die Wissenschaft mehr als die Verschwendung. So wird die soziale Umgestaltung vorangehen; das wird zunächst einen Ausfall an Geist und Arbeitskraft kosten, dafür aber einen Ertrag an Gerechtigkeit und Zufriedenheit einbringen. Dann wird sich die Neue Wirtschaft, gleichsam als Nebenwirkung, anschließen und allmählich den Verlust ausgleichen.

Politik ist nicht Verwirklichung mechanischer Theorien, sondern Arbeit an Menschen und Natur und Dienst am Geiste. Sie darf keinen Grundsatz der Gerechtigkeit und des erschauten Ideals opfern; ihre Konzessionen betreffen die Reihenfolge.

4

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahrzehnten eine Politik geführt, als wäre sie nicht eine jugendliche Partei, sondern uralt, müde und skeptisch, alt wie der Jesuitenorden, illusionslos wie eine

Versicherungsanstalt. Je weniger sie an die Verwirklichung ihrer berühmten Schulideale glaubte, je mehr ihr vor Demokratismus, Parlamentarismus, wo nicht gar Republikanismus, innerlich graute, desto gefahrloser schien es ihr, neben praktischer Lohnkampfarbeit und freudloser Parlamentsopposition, im Interesse einer Wahl- und Zahlenpolitik sich der äußeren Agitation mit gewaltigen Schlagworten hinzugeben und mit Ausbeutungstheorie und Mehrwertlehre den Klassenhaß zu pflegen.

Die Schuld der indolenten und besitzesfrechen bürgerlichen Gegenseite soll nicht verkannt werden, doch das schuldhaftere Übel war innerer Mangel an Schwung und Glauben. Die ideale Illusion ist kein törichter Wahn, sondern eine Realität des Selbstbewußtseins, die Utopie ist keine öde Phantasterei, sondern ein Richtungsziel. Auch wenn man die Sterne nicht begehrt, soll man sich nach ihnen orientieren.

Jede ernste Weiterbildung der Theorie unterblieb. Unerschüttert ruhte das Lehrgebäude auf dem Glauben vom Mehrwert, der so hinfällig geworden war, daß keine Hand sich rührte, als ich ihn zahlenmäßig widerlegte. Die Revolution, vielmehr der Umsturz kam, widerwillig erlitten, und man stand vor dem Nichts.

Das Proletariat verlangte die Aufhebung der Wirtschaftsklassen, die Sozialisierung, die Ausschüttung des sagenhaften Mehrwerts, den Wohlstand für alle; man hatte die Macht in der Hand und konnte nur verlegen stottern: wartet ab.

Ein paar magere, kostspielige Sozialisierungen treten auf, Betriebsräte werden „verankert". Die Arbeiterschaft hilft sich selbst, denn das einzige wirtschaftliche Ergebnis des Umsturzes ist dies: daß das Arbeitsverhältnis vom Vertragsverhältnis losgelöst, gänzlich auf den Willen des Arbeitnehmers gestellt ist.

Die verkürzte Arbeitszeit wird weder innegehalten noch ausgenutzt, sondern durch Ausstände auf einen Bruchteil gemindert. Die hohe Qualität der deutschen Arbeit verkommt. Ihr Wirkungsgrad ist auf zwei Drittel, auf die Hälfte, stellenweise noch tiefer gesunken.

Die Geldlöhne haben sich verdreifacht. Ein jugendlicher Schlosser verdient mehr als ein Gymnasialprofessor. Die Herstellungskosten der Fabrikate sind nach Art und Ort auf das Dreifache, Fünffache, Zehnfache gestiegen, und fast nichts wird fertig. Mit Unterstützung der Regierungsstellen wird in Form von Lohnerhöhung, Entschuldungsgeld, Minderleistung und Ausstand das deutsche Industrievermögen von den Fabrikbelegschaften auf privatem und friedlichem Wege beschlagnahmt und aufgezehrt.

Jeder Wunsch und jede Beschwerde hat die eine Ausdrucksform: Streik. Das gilt nicht nur für beliebige privatwirtschaftliche Produktionsstätten, sondern für alle beliebig lebenswichtigen privaten, kommunalen und staatlichen Betriebe. Die örtlichen Verkehrsangestellten, wenn ihnen in ihrem Arbeitsverhältnis irgend etwas nicht paßt, haben es in der Hand, ihre Mitbürger durch Dauerläufe nach Belieben körperlich zu strafen. Den Angestellten der großen Energie- und Transportbetriebe — Schlüsselbetriebe sollte man sie nennen —, Kohlenwerke, Kraftanlagen, Eisenbahnen und Post, steht es frei, von morgen ab die politische Gewalt des Landes zu übernehmen, wenn es ihnen gutdünkt. Zu den bekannten Regierungsformen und Kratien tritt dann die Herrschaft der Eisenbahner und Kohlenarbeiter, und philologisch veranlagte Staatsrechtslehrer mögen die Bezeichnungen Siderodokratie und Anthrakokratie sich einprägen.

Von alledem hat der Arbeiter wenig Freude. Denn mit dem Mißverhältnis der Gütererzeugung zur Wertzeichenausgabe sinkt der Geldwert, sinkt der Reallohn, beginnt das Spiel von neuem — und nur eine Realität bleibt stetig: die hoffnungslose Zerrüttung der Produktionskraft des Landes. Beruhigungsphilister glauben (sie haben aus den neunundneunzig Enttäuschungen endgültig sicherer Siegeshoffnungen nichts gelernt), wenn Lebensmittel ins Land kommen, wird alles gut. Das Gegenteil wird; denn erstens schlägt die Karte nicht, auf die man sein ganzes Spiel setzt, zweitens laufen immer wieder die Preise vor der Minderproduktion und Geldentwertung davon.

Mit welchem Recht geschieht das alles? Mit dem Recht, daß der Arbeiter nun endlich den Unternehmer, den Kapitalisten, den Ausbeuter, den Blutsauger, den Mehrwertschlucker in seinen Fäusten hat, zwar nicht gesetzgeberisch — (leider! schlappe Regierung!) —, wohl aber mit schweigender Duldung des Staates, mit Schiedssprüchen und Streiklöhnen, privatrechtlich, physisch, de facto. Die Klassenverhetzung, die Mehrwertlehre, die Ausbeutungstheorie, das ganze unproduktive Gerede, das einzig und allein auf dem Erdabschnitt zwischen Rhein und Ural geglaubt wird, trägt seine Früchte.

Wir haben mit der Tatsache von ungeheuerster Realität zu rechnen, daß in Deutschland, wie in allen östlichen Ländern, in eben den besiegten Ländern der verspäteten Obrigkeit, der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kein Friede mehr zu schließen ist. Nicht die Revolution der Freiheit, sondern die Revolution der Rankünе bewirkt dies; der Arbeiter ist gewöhnt worden, nicht eine Weltordnung, nicht eine

politische Rückständigkeit, nicht die Armut des Landes, sondern die lebenden Personen der Unternehmer für sein Mißgeschick verantwortlich zu machen, und er macht sie verantwortlich. Es ist viel — und nicht bloße Gutmütigkeit —, wenn er nicht, wie in Rußland, sie mit Hunger und Justiz ausrottet; doch was unter ihrer Leitung, in ihren Werkstätten und anscheinend zu ihrem Nutzen ihm zu verrichten zugemutet wird, das betrachtet er als Kränkung, Ärgernis und Hohn. Was jenen gehörte, soll ihm gehören, die Knochenmühle, die Arbeitsmittel, die Werkstoffe sind sein, er kann darüber verfügen wie er will, kann arbeiten und feiern, wenn er Lust hat, für seine Arbeit fordern, was ihm gut scheint, und wehe, wenn einer von jenen Ausbeutern Rechenschaft oder Nutzen verlangt.

Das klingt schlimm und ist doch, wenn man den Schlagworten der Agitation zustimmt, voll berechtigt. Stimmt die Sache mit dem Mehrwert, hat tatsächlich die Unternehmerschicht durch das, was sie verpraßte, die Not des Arbeiters verschuldet, so ist die Vergeltung milde. Es ist dargetan, daß es nicht stimmt, doch die offizielle Dogmatik wagt weder es zuzugeben, noch zu bestreiten. Doch obgleich es nicht stimmt, wie viel von dem Unwillen der Arbeiterschaft ist berechtigt! Wie gramlos hat das Bürgertum die Entrechtung, Verfolgung und Beschimpfung der Sozialisten geduldet und jeden Anspruch des Arbeiters Begehrlichkeit genannt! Wie wenige Gewissen regten sich, bäumten sich auf gegen das Unrecht der Wirtschaftsordnung und der proletarischen Absonderung! Wie gierig nagte das Bürgertum an den Knochen seiner Gewinste und Gnaden und wedelte an der Kette seiner feudalen Obrigkeit! Wie lüstern borniert, unduldsam und urteilslos labte es sich im Kriege am Mord und Mordgewinn! Wie gedachte es den Krieg moralisch zu nutzen, um das alte Autoritätsverhältnis zu kräftigen! Es ist ergreifend, daß es soviel ältere und besonnene Arbeiter gibt, die sich über alles eingebildete, aber auch alles wirkliche Unrecht hinwegsetzen und aus einem dunklen, aber wahren Gefühl, daß alles Recht in der Mitte liegt, für Ordnung und Arbeit eintreten.

Es ist hier nicht der Ort, Vorwürfe abzuwägen, sondern Tatsachen festzustellen und Folgerungen zu ziehen. Die Tatsache ist, daß es zwischen Arbeitern und Unternehmern keinen Frieden mehr gibt, daß hieran unsere Produktionskraft zugrunde geht, die Folgerung ist, daß das Unternehmertum aufhören muß.

Also aus einer zu Unrecht bestehenden Tatsache eine sachlich und organisch nicht begründete Folgerung?

Mag die Voraussetzung zu Recht oder Unrecht bestehen: sie ist

nicht zu ändern. Die Folgerung mag verfrüht sein — auf verspäteten Umsturz folgt häufig verfrühte Wirkung —, sachlich und organisch ist sie begründet und notwendig.

Der gegebene Weg zum Abbau des Hochkapitalismus war ein stark sozialistisch gefärbter Etatismus (Staatssozialismus) der Wirtschaft, wie ich ihn in der Neuen Wirtschaft geschildert habe, verbunden mit einem Abbau der geschichteten Gesellschaftsordnung, wie er in den Kommenden Dingen und anderen Schriften dargelegt ist. Diesen Weg werden voraussichtlich die westlichen Staaten, voran England und Amerika, schreiten; er hat den unschätzbaren Vorteil, daß er vorerst den Wohlstand der Wirtschaften hebt und sie dadurch für weitere Umgestaltungen widerstandsfähig und tragkräftig macht. Es ist der Weg der gesunden Staaten.

Den entgegengesetzten Weg, den der kranken Staaten, haben Rußland und Ungarn beschritten, andere im Zustande des Balkanismus befindliche Gebilde mögen sich anschließen. Dieser Weg führt über theoretischen Kommunismus zur wirtschaftlichen und politischen Gewaltherrschaft einer Oligarchie; von da aus kann er rückwärts zum Etatismus führen, möglicherweise aber darüber hinaus rückbildend zu einer wiederum plutokratischen und kapitalistischen Fassung.

Deutschland steht in der Mitte und wird auch seiner Natur nach einen Mittelweg nehmen. Es stand uns frei, den reinen Weg der Neuen Wirtschaft zu gehen; scheinbar hinderte uns daran die Ungeberdigkeit des freien Handels; scheinbar; denn jetzt erkennen wir, daß die Ranküne und passive Resistenz der Arbeiterschaft der innerste Grund war. Symbolisch äußerte sich diese Resistenz in der Starrheit des Kabinetts, das im dumpfen aber richtigen Gefühl, mit den Massen eins zu sein, den von Wissell gezeichneten Vorschlag einhellig ablehnte, obwohl es von der ganzen Sache nicht das mindeste verstand und während der mehrstündigen Entscheidungssitzung nichts Sachliches vorbrachte.

Der systematische Weg ist uns also verschlossen, und es kann nicht bestritten werden, daß der Pfad, der uns offen bleibt, am ὕστερο πρότερον leidet, zu deutsch, daß er durch umgekehrte Reihenfolge Nachteile hat.

Das endgültige Ziel einer jeden künftigen Wirtschaftsordnung muß Solidarität sein. Niemals wird der Zweiklassenzustand: Unternehmertum—Arbeiterschaft zur letzten Solidarität führen, auch dann nicht, wenn durch Aufhebung der Erblichkeit und durch freien Auf- und Abstieg von einer zur anderen Schicht zunächst ein erträgliches, ja organisch schönes Gleichgewicht herbeigeführt würde.

Doch darum handelt es sich nicht mehr. Diesen Zwischenzustand müssen wir überschlagen, denn es ist zu spät. Das bedeutet noch immer nicht, daß wir mit beiden Füßen in die einschichtige Gesellschaft springen, denn fürs erste werden sich noch erhebliche Unterschiede des Vermögens und Einkommens erhalten, das liegt am inneren Aufbau des Landes. Doch diese Verzögerung wird einstweilen für alle Staaten gelten, nicht zum wenigsten für die gegenwärtig bolschewistischen. Unsere beiden besonderen Nachteile werden folgende sein.

Zunächst sind wir im Wohlstand und in der Erwerbskraft siebenfach distanziert.

1. Während die ganze Welt ärmer geworden ist, sind Amerika und Japan gewaltig bereichert, England hat an Geld verloren, an Land und Stellung gewonnen.

2. Innerhalb der Notleidenden sind wir, abgesehen von Österreich, die Schwerstbetroffenen, denn wir verlieren Land, Menschen, Kolonien, Rohstoffe, Auslandsanlagen, Souveränitätsrechte.

3. An Stelle von Absatzgebieten entstehen uns Konkurrenten in neuen Staaten.

4. Unsere alten Konkurrenten werden auf unsere Kosten gestärkt, indem wir ihnen unübersehbare Kontributionen zahlen müssen, wogegen wir weiter verarmen.

5. Unser Handel hängt nicht mehr von uns ab, sondern wird uns vorgeschrieben, unser Wirtschaftsleben wird kontrolliert.

6. Die leitende Stellung in der Technik können wir uns nicht erhalten, weil Mittel und Umsatz fehlen.

7. Durch Umsturz, Schwäche der Regierungsgewalt, Hungersnot und Unordnung hat unsere sittliche, intellektuelle und physische Arbeitskraft schwerer gelitten als die westliche.

Wir müßten daher alles daran setzen, den Nutzeffekt unserer Arbeit zu heben, das wäre durch die Neue Wirtschaft, nur durch sie, auf keinem anderen Wege möglich gewesen. Statt dessen werden wir gezwungen sein, eine grundsätzlich neue Ordnung, die Abschaffung des Unternehmers, zu bereiten, sofern wir nicht den gänzlichen Stillstand unseres Produktionsapparates erleben wollen. Diese neue Ordnung aber muß sich einleben, sie wird Fehler machen, sie beginnt mit Störungen und Reibungen. Daraus ergibt sich eine neue Distanzierung gegenüber der Weltwirtschaft.

Zweitens. Es entsteht ein ernstlicher Ausfall an intellektuellen Kräften, der nicht so bald ausgeglichen werden kann. Noch mehr: ein Teil der verbleibenden intellektuellen Kräfte wird aufgehoben

oder durch Reibungen lahmgelegt infolge des Eintritts ungeschulter, unzulänglicher und widerstrebender Geister in die Verwaltung der Wirtschaft.

Schon jetzt mehrt sich täglich die Zahl der Wirtschaftsführer, die ihre Lebenshöhe überschritten und, wie sie glauben, ihr bürgerliches Arbeitsmaß vollbracht haben, die sich nicht mehr darauf einlassen wollen oder können, unter erschwerten, vielleicht hoffnungslosen Verhältnissen ihre Macht zu teilen, ihren Arbeitstag mit unaufhörlichen inneren Verhandlungen zu erschöpfen, sich Anweisungen zu unterwerfen, die sie nicht als sachlich anerkennen, sich Aufsichtskräfte gefallen zu lassen, die teilweise rednerisch begabt, im übrigen vielfach unkundig, unbedeutend, ungebildet und unmanierlich sind, und den Anspruch erheben, angelernt zu werden, während sie kommandieren. Höherer Opferwille wäre es, sich diesem Ungemach zu fügen, doch es kann von keinem, der ein Leben von Verantwortung und Erfolg hinter sich hat, verlangt werden, gegen seine Natur zu wirken.

Dieser Ausfall an Intelligenz und Willenskraft, der ohnehin eine der ernsten Gefahren unserer Zukunft offenbart, wird sich bedenklich steigern, wenn das Verantwortungsverhältnis unserer Wirtschaft sich umkehrt. Unser öffentliches Leben zeigt, wie bescheiden das Maß und die Zahl der Begabungen ist, die mit einem Schlage aus der Verborgenheit der Millionen entrissen werden können; die französische Ausbeute der Napoleonszeit stellt uns tief in den Schatten, und wir müssen hoffen, daß eine lange Periode verbesserter Erziehung und veränderter Lebensbedingungen unsere Unterschichten ergiebiger macht, die mit eigenen Talenten bisher überhaupt kaum auf den Plan getreten sind, vielmehr sich überwiegend von Parteigängern bürgerlicher Herkunft vertreten ließen.

Sicherlich wird es gelingen, durch weitherzige und taktvolle Regelung einen erheblichen Teil der vorhandenen bürgerlichen Wirtschaftsführer in ihren Berufen festzuhalten, doch ihre Stellung gegenüber den neu eintretenden Kräften wird deshalb schwer zu verteidigen sein, weil diese die großen Zahlen hinter sich haben. In unserem rednerisch unbegabten Lande — unbegabt mehr noch in der Schulung des Hörers als des Sprechers — verlangt die Wirkung auf die Massen so ausgefallene und unlandläufige Eigenschaften und Anstrengungen, daß, wer sie aufbringt, mit großer Wahrscheinlichkeit als unbegabt auf allen übrigen Gebieten, als urteilslos, leichtgläubig, oberflächlich und anmaßend angesprochen werden kann.

Mit solchen Kräften wird man vielfach fürs erste zu tun habe
Doch werden sie mit der Zeit sich selbst ausschalten, und zumal d
wo nicht direkte Wahl, sondern Auslese aus einer Körperscha
stattfindet, durch sachlicheren Nachwuchs ersetzt werden. Gerade
der Übergangszeit aber liegt die nicht zu verkennende Gefahr.

Im menschlichen und im kollektiven Leben gibt es nur eine Wa
des größeren oder des kleineren Übels, niemals das restlos Nüt
liche und restlos Schädliche. Unehrlich ist jeder Vorschlag, der sei
Sache so darstellt, als lägen alle Vorteile nur auf seiner Seite. D
mag für Volksversammlungen gelten; wer sich an verantwortli
Denkende wendet, sollte nicht nur für sich, sondern auch gegen si
plädieren. Deshalb bestehe ich auf den Risiken und Gefahren d
großen Schrittes, der uns bevorsteht, sie müssen klar beschrieb
und erkannt sein, damit später keine Enttäuschung folgt; und de
noch muß mit gutem Mut und Willen der Schritt geschehen, w
auf der Gegenseite die größere Gefahr liegt: das Absterben d
Arbeitswillens, der weder mit Zwang noch Not noch Güte bele
werden kann.

Ist aber das Unternehmertum aufgehoben, so tritt — nicht s
fort, doch sobald der neue Zustand voll begriffen ist — eine gän
liche Wandlung der Kräfte ein. Gegen sich selbst kann niema
streiken; sich selbst kann niemand die Arbeit aufsagen oder ve
pfuschen, die Werkmittel sabotieren oder den Ertrag schädige
ohne sich bewußt einer Unordnung schuldig zu machen, für d
keinem andern die Verantwortung aufgebürdet werden kann, u
deren Folgen man unbemitleidet zu tragen hat. Es gibt keine B
schwerde über Vorgesetzte, denn der Arbeitsleiter ist das eige
Organ der arbeitenden Gemeinschaft, es gibt keine Erörterun
über das Arbeitseinkommen, denn nach Abzug der Unkosten, Rü
stellungen und Lasten steht der gesamte Ertrag zur Verfügun
durch seine Arbeitskraft und Wahlstimme steht es jedem frei, z
Erhöhung des Überschusses beizutragen. Es gibt keine Klagen üb
inländische Konkurrenz, denn das ganze Gewerbe ist vereinigt.

Gibt es somit überhaupt keine Klagen?

Es wird schon Klagen geben. Vornehmlich zu Anfang. Denn
der ersten Zeit werden, wie erwähnt, die Maulhelden und Agit
toren großen Einfluß gewinnen. Sie werden die Werke herunte
wirtschaften, nicht ganz so sehr, aber auch nicht viel weniger, a
sie heute durch die Arbeitskrise heruntergewirtschaftet werden. Da
wird man die Abenteurer beseitigen, manch einer der alten Leit
wird wiederkehren und sich in die veränderten Verhältnisse finde

und zuletzt wird ein wirtschaftsdemokratisches Geschlecht von Führern erwachsen, das dem heutigen gleich, vielleicht überlegen ist, und das mit beträchtlich höherem Wirkungsgrade arbeitet, weil inzwischen die Wirtschaft eine organische geworden ist.

Gibt es keine Streiks mehr?

Es wird in der ersten Zeit auch noch Streiks geben, nämlich politische. Doch bald wird die Erkenntnis durchbrechen, daß in einem demokratischen Staatswesen der Verbraucher keine Veranlassung hat, sich Entbehrungen, Belästigungen und körperlichen Leiden ausgesetzt zu sehen, weil eine Minorität ihren Willen der Regierung aufzuzwingen wünscht. Politische Minoritätsproteste können nicht dauernd auf dem Rücken Unbeteiligter ausgekämpft werden; erwachende demokratische Erkenntnis wird dies begreifen, und die Gesetzgebung wird ihr folgen. Wenn heute in der Mißhandlung des Verbrauchers noch eine Spur von Recht gefunden werden kann, weil der Wirtschaftskampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern außerhalb der staatlichen Ordnung steht, anarchisch ist und gleichsam auf Faustrecht beruht, so daß der Unbeteiligte, der zu nahe kommt, sich nicht wundern kann, wenn er etwas abkriegt; in einer selbstverwalteten Wirtschaft steht der dann noch mögliche, der rein politische Streik, auf gleicher Höhe mit jeglicher willkürlichen Unternehmung, die sich eine beliebige Minderheitsgruppe gegen die Staatsgewalt erlaubt.

Was geschieht nun, wenn durch dauernde Mißwirtschaft ein Gewerbezweig von seinen neuen Herren derartig heruntergewirtschaftet wird, daß er überhaupt keine Erträge mehr bringt, keine Mitarbeiter mehr beschäftigen kann und zeitweilig oder endgültig niederbricht?

Dahin sollte es eigentlich nicht kommen, denn zu Anfang wird der Staat über die Wirtschaftsführung der Gewerbezweige eine gewisse Aufsicht und der Vorbesitzer einen gewissen Einblick haben. Geschieht es dennoch, so wird sich niemand wundern, wenn von einer Einrichtung Gebrauch gemacht wird, die aus Amerika stammt. Wenn dort ein Unternehmer sich nicht mehr zu helfen weiß, so setzt der Staat einen Receiver ein, der ist ein Mittelding zwischen Konkursverwalter und Vormund, und bleibt so lange an seinem Platz, bis das Geschäft wieder läuft oder liquidiert ist.

Wirksamerer Sicherungen bedürfen die für die Nation lebenswichtigen, die Schlüsselbetriebe. Gleichviel, wie die Wirtschaftsordnung aussieht: eine Nation, die sich auf Leben und Tod einer Oligarchie von fünfhunderttausend Grubenarbeitern oder Eisen-

bahnern unterwirft, ist ebenso unwürdig wie die, welche eine fe
dalistische, militaristische oder monarchische Despotie duldet. Ist e
einzelner Stand dem Staate so wichtig, hält er gleichsam den L
bensfaden der Nation in seiner Hand, so muß er unter seinesgleich
der bestgestellte sein, jeder seiner berechtigten Wünsche muß sogle
eine vertrauenswerte Instanz finden, die prüft, schlichtet u
bessert: Selbsthilfe mit Todesgefahr für Alle ist ihm nicht gestatt
Verträge und Gesetze werden nicht genügen, um diesem Grundsa
Geltung zu schaffen, denn wir haben keine Macht mehr, sie zu ex
kutieren, noch weniger haben die Reserven, um die Arbeit d
Feiernden zu ersetzen.

Da militärische Ausbildung der Jugend uns verboten ist, müss
wir ohnehin ein neues Mittel der nationalen Kräftigung u
schaffen, sofern nicht unsere Jugend auf dem Lande verbauern,
den Städten verludern, und unsere Nation verschlampen und e
schlaffen soll. Dieses Mittel kann nur in einer allgemeinen Dien
zeit körperlicher Arbeit bestehen, die zugleich Bindung und Au
söhnung zwischen Kopf- und Handarbeit bedeutet. Diese Dienstz
hat uns die nötigen Reserven für die gefährdeten Schlüsselbetrie
des Reiches zu schaffen.

5

Mit Absicht habe ich bisher von der „Aufhebung des Unte
nehmertums", nicht von Sozialisierung und Verstaatlichung g
sprochen.

Die orthodoxe Vorstellung vom Übergang der Produktionsmit
an die Gemeinschaft — oder gar an den Staat — ist eine bruta
und undurchdachte Formel, die an altüberlieferte, schlechtbewähr
Einrichtungen, wie Kronregale, Monopole, Staatsmanufakture
staatliche Werften und Waffenfabriken anknüpft.

Der Staat selbst kann bestenfalls Betriebe im engeren Sinne, E
ploitationsbetriebe im Gegensatz zu Produktionsbetrieben, und zw
nur allgemeindienliche und lebenswichtige, führen: Eisenbahne
Posten, Telegraphen, Wasserwerke, Kraftanlagen; bei Produktion
betrieben, die dem technischen Wechsel, dem Risiko, der inländisch
und ausländischen Konkurrenz unterliegen, muß er versagen. E
ist schade, daß wir für diese Exploitationen kein eindeutiges deu
sches Wort mehr haben; die Industrie hatte sich gewöhnt, sie „B
triebe" schlechthin zu nennen, im Gegensatz zu Fabrikationen; d
Sprachgebrauch aber hat in jüngster Zeit diese Unterscheidung zc

stört, man denkt, wenn von Betrieben gesprochen wird, wieder vornehmlich an Fabriken. Ich empfehle, für Betrieb im engeren Sinne das Wort Verwaltungsbetrieb im Gegensatz zum Produktionsbetrieb einzuführen.

Die Verwaltungsbetriebe fordern, wie die Bezeichnung es sagt, weder Raschheit des grundsätzlichen Entschlusses, noch unablässige technische oder kaufmännische Initiative; daher können sie von Staatsbeamten und in leicht bürokratischen Formen geleitet werden; die Nachteile der Schwerfälligkeit und Rückständigkeit werden durch Zentralisation und Gewissenhaftigkeit so weit aufgehoben, daß man sagen kann: unsere Staatsbahnen und Staatsposten waren vielleicht unrentabler als entsprechende Privatbetriebe, jedenfalls aber technisch und verwaltungsmäßig ihnen ebenbürtig. In der letzten Epoche des Hochkapitalismus bewährten sich die sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betriebe; für die Zukunft verlieren sie an Bedeutung, denn statt den Unternehmer auszuschalten, geben sie ihm die entscheidende Verantwortung, wenn auch unter fiskalischer Kontrolle.

Ein armseliger und phantasieloser Gedanke ist es, der so recht der Weimaraner Mittellage entspricht, unter Sozialisierung sich nichts anderes vorzustellen, als Fiskalisierung, Umwandlung in Staatsbetrieb, Staatsmonopol, Staatsregal. Auf Kraftwerke und Kohlengruben angewendet — wie man es beabsichtigt — ist diese Formel ein schwächliches und unrentables, an sich aber harmloses Geschäft, das auf die Vortäuschung einer Sozialisierungsaktion hinausläuft, obwohl es sich um eine staatssozialistische Maßnahme älteren Schemas handelt.

Der Staat nimmt gewaltige fünfprozentige Schulden auf, um fünfprozentige Anlagen zu erwerben, in der Hoffnung, sie durch Tariferhöhungen zu sechs-, sieben- oder achtprozentigen zu machen, während in Wirklichkeit die Erhöhungen der Löhne entscheidender sein werden als die der Tarife. Dem Arbeiter aber wird es vollkommen gleichgültig sein, wenn man ihm sagt, daß er nicht mehr für den Unternehmer schuftet, sondern für den Staatssäckel.

Soll der Arbeiter mit neuem Mut und Geist arbeiten in einer Zeit, die noch härter sein wird als die jetzige, so muß er wissen, daß das Unternehmen ihm gehört. Der heutige Kern der Revolution, die regierenden Parteisekretäre, sind ihm nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel, dies Ziel zu verwirklichen. Und das ist möglich, wenn auch nicht nach dem Plane, der zu Herrn von Maybachs Zeiten eine Tat war.

In einem Abschnitt der Kommenden Dinge habe ich von Gebi
den gesprochen, die ich autonome Unternehmungen nannte, gleich
sam Aktiengesellschaften ohne Aktionäre. Es heißt da:

„Schon heute ist der paradoxe Fall denkbar, daß das Unter
nehmen sein eigener Eigentümer wird, indem es aus seinen Er
trägen die Anteile der Besitzer zurückkauft. Das deutsche Gese
schränkt diesen Vorgang ein und verlangt, daß dem Vorbesitze
sein Stimmrecht gewahrt werde; ein organischer Widersinn de
vollkommenen Loslösung des Besitztums vom Besitzer besteht
jedoch nicht.

Die Entpersönlichung des Besitzes, die Objektivierung des Un
ternehmens, die Lösung des Eigentums führt einem Punkte ent
gegen, wo das Unternehmen sich in ein Gebilde nach Art eine
Stiftung, oder besser gesagt, nach Art eines Staatswesens ver
wandelt. Dieser Zustand, den ich als den der Autonomie bezeich
nen will, läßt sich auf vielfachen Wegen erreichen. Der eine We
der Rückzahlung des Kapitals wurde erwähnt. Ein zweiter Weg
den Besitz an die Angestellten und Beamten des Unternehmen
aufzuteilen, wurde in einiger Annäherung von einem deutsche
Industriellen beschritten. Der Besitz kann an behördliche Stellen
Universitäten, Stadtverwaltungen, Staatsregierungen gebun
den werden; dies ist bei einem der ältesten deutschen Bergwerk
geschehen. Erforderlich sind lediglich zulängliche und brauchbar
Bestimmungen, die dafür sorgen, daß das Unternehmen dauern
von den jeweils besten auffindbaren Organen geleitet werde.

Ist die Verfassung wohl durchdacht, so kann das Unternehme
allen künftigen, wenn auch noch so stark wachsenden Kapitals
ansprüchen genügen. Zunächst verbleibt ihm die Rente, die e
bisher jährlich an seine Gesellschafter auszuzahlen hatte. Sodann
kann es vorübergehend oder dauernd mit Schuldverschreibunge
belastet werden. Es kann im Notfall einen Rückschritt tun un
von neuem tilgbare Anteilsrechte begeben; es kann und wird vo
allem unter dem Schutze eines unerschöpflich reichen Staates
und an sich der Kontrolle dieses Staates unterworfen, erwarten
daß nach Bedarf ihm Staatsmittel gegen gebührende Verpflich
tungen überwiesen werden. Noch mehr: der Staat selbst wir
wünschen und verlangen, daß die autonomen Unternehmunge
jederzeit die überschüssigen Mittel seiner Kassen unter entsprechen
der Aufsicht aufzunehmen und anzulegen bereit sind."

Einzelne haben diese Stelle beachtet und auf ihre Tragweite hin
gewiesen. In vorrevolutionärer Zeit gab sie eine Handhabe für de

Übergang von hochkapitalistischer zu halbkapitalistischer Wirtschaftsform. Heute ist die autonome Unternehmung bestimmt, in sozialer Ausgestaltung den Kern des künftigen Betriebsaufbaus zu bilden.

Um jeden beliebigen wirtschaftlichen Besitz in die autonome Form überzuführen, bedarf es keiner Transaktion, sondern einer einfachen gesetzlichen Bestimmung: die Aktionäre oder sonstigen Besitzer treten in die Reihe der Gläubiger, sie erhalten eine billig zu bestimmende feste Rente und eine Tilgungsquote, die den Anspruch im Laufe etwa eines Menschenalters amortisiert, sie erhalten ferner einige Sitze im Aufsichtsrat — ein Recht, das die bisherigen Obligationäre nicht hatten — und ein weiteres Mitbestimmungsrecht in der Generalversammlung, das ausgedehnt werden kann, wenn die zugesagte Rente nicht voll aufkommt oder ernstlich gefährdet ist.

In die vollen Rechte der Vorbesitzer treten die Arbeiter und Angestellten unter einer allgemeinen, jedoch nicht belastenden Aufsicht des Staates. Aktien oder dingliche Rechte erhalten sie nicht, Ungleichheiten des Stimmrechtes finden nicht statt. Nach Abzug der Kosten, Lasten und Rückstellungen werden die Überschüsse an alle Anteilsberechtigten — also ausschließlich Arbeiter und Angestellte — gleichmäßig ausgeschüttet. Verringert sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten, ohne daß der Überschuß sich entsprechend mindert, so fallen die freiwerdenden Kopfteile dem Staate zu. Diese Bestimmung ist nötig, weil sonst eine Gruppe zum Schaden des Unternehmers eine Verminderung der Kopfzahl anstreben könnte, um die eigenen Gewinnquoten zu vergrößern.

Etwas abweichende Festsetzungen, die hier nicht erörtert werden sollen, treten ein für solche Unternehmungen, die mit ausnahmsweise kleiner Arbeiter- oder Beamtenzahl ungewöhnlich große Einnahmen schaffen, wie etwa Verwaltungs- und Treuhandgesellschaften.

Mit dem Übergang der Eigentumsrechte an Angestellte und Arbeiter ändert sich an sich weder Aufbau noch Geschäftsgang des Unternehmens. Doch entstehen zwei Gefahren, die zwar nicht restlos beseitigt, wohl aber bis auf einen mäßigen Prozentsatz unschädlich gemacht werden können.

Die erste wurde erwähnt, sie betrifft die Wahl ungeeigneter Geschäftsleiter, die zweite betrifft, gleichviel ob bei guter oder schlechter Geschäftsführung, rücksichtslose und raubbaumäßige Ausschüttung der Gewinne, der Reserven, ja selbst der Substanz, zum Schaden des Unternehmens.

In beiden Fällen werden, während der reichlich bemessenen Übergangs- und Amortisationszeit, die zu Gläubigern gewordenen, in der Verwaltung vertretenen Vorbesitzer eingreifen.

Sie können zwar nicht, wie bisher, aus eigener Macht sich ihr Recht schaffen, wohl aber können sie auf Mißstände hinweisen und notfalls besonders zu schaffende Schiedsstellen und Rechtsinstanzen in Anspruch nehmen. Gegen rücksichtslose Ausschüttung der Gewinne sichern Bestimmungen über weitgehende Reservestellung und über zulässige Höchstverteilungen. Was über diese beiden Grenzen hinaus verdient wird, fließt in einen Ausgleichsfonds, der, sobald die Gilden entstanden sind, diesen überwiesen wird.

In der Anstrebung der Gilden liegt der Gegensatz zu syndikalistischen Prinzipien. Hier liegt auch die Beseitigung der Schwierigkeit, die entstehen könnte, wenn wirtschaftlich schwächere Unternehmungen ihre Angestellten schlecht bezahlen und durch Wegströmen der Kräfte nach besser gestellten oder geleiteten Werken geschädigt werden. Die Gilde gleicht die Erträgnisse aus, kontrolliert die Geschäftsführungen und setzt rettungslose Betriebe still.

Ersparnisse und Produktionserhöhungen treten ein, sobald die Gilden errichtet sind, und zwar in gewaltigem Umfange, vorher nicht. Einzelne Einkommen hochbezahlter Betriebsleiter werden sich in der ersten Zeit mindern; sobald man sich von der Seltenheit talentierter Kräfte überzeugt hat, wie es seit einem Jahr in Rußland geschieht, wird die Nachfrage nach den Wenigen die Ansprüche von neuem steigern, die in der Form langsichtiger Verträge und Ruhegehaltsforderungen wiederkehren. Vermögensausgleich ist nicht Sache der Wirtschaft, sondern der Vermögenspolitik und Steuertechnik.

Auch die innere Reibung vermindert sich nicht sogleich, doch sie verliert die erbitterte Feindseligkeit des Kampfes um Macht, die Drohung und des bewußten Widerstandes; sie wird aufgewendet um Aufklärung, Meinungsverschiedenheit und Belehrung und gewinnt dadurch ein Ziel: die Verbreitung der Geschäftskenntnis, die Gewinnung und Heranbildung schaffender Kräfte, die Teilnahme aller Befähigten und Schaffenslustigen an geistiger Arbeit. Nach einem Menschenalter wird sich das Ergebnis zeigen, das auf mühseligem Wege gewonnen, die demokratische Wirtschaft durch die Zahl und Ordnung wirkender Kräfte führend und unüberwindlich macht. Wäre der Hochkapitalismus durch die Überspannung der Weltkonkurrenz nicht katastrophal zerbrochen, so wäre er an der Enge der Auswahl, an der Schwäche der zweiten und dritten

Führergeneration ebenso langsam und kläglich verendet wie unsere Politik. Die Schaffung von zwanzigtausend verantwortlichen Stellen seit 1900 ging weit über das Maß unserer Kräfte.

Die erste Einwandfrage, die hier zu erwarten steht, ist die: Wie sollen diese autonomen Unternehmungen sich künftig ihre neu erforderlichen Kapitalien verschaffen?

Die Antwort ist einfach. Sind sie ertragsfähig, so werden ihnen ebenso reichliche Mittel zur Verfügung stehen, wie den bisherigen ertragsfähigen Unternehmungen. Sind sie es nicht, keine. Sie haben aber in demselben Maße größere Aussicht auf Erträge, wie ein Unternehmen, in welchem gearbeitet wird, Aussichten hat gegenüber dem, in welchem nicht gearbeitet wird.

Solange aber die Kapitalmittel des Landes nicht vollzählig in den Händen des Staates vereinigt sind, solange es vor allem ein nicht soziales Ausland gibt, an dessen finanzieller Mitwirkung uns zeitweilig gelegen sein kann, wird die übliche Geldbeschaffung in Form der Ausgabe von Obligationen oder kurz- und langfristigen Noten vor sich gehen, denen in dringenden Fällen der Not eine Gewinnbeteiligung, ja selbst ein erweitertes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden kann. Doch müssen alle diese Ausgaben tilgbar sein.

Ein zweiter und doppelter Einwand wird folgen.

Auf kommunistischer Seite wird man sagen: wie? das soll eine Sozialisierung sein, wenn die Aktionäre sich mit der gesicherten Rente der Obligation — an Stelle der endlich und gottlob einigermaßen gefährdeten Dividende — noch tiefer ins Privatleben zurückziehen?

Ihnen habe ich oft genug geantwortet, daß der Staat nicht eine einzelne Besitzergruppe zugunsten der anderen expropriieren kann. Oft genug habe ich gesagt, daß der Vermögensausgleich nicht Sache der Wirtschaftsordnung, sondern der Sozialordnung ist.

Der Staat hat die Steuerhoheit. Er kann nach Belieben Vermögen, Einkommen und Erbschaft belasten. Er kann überdies durch Kapitalrentenbesteuerung eine fünfprozentige Rente nach Gutdünken in eine vierprozentige, dreiprozentige, einprozentige, halbprozentige, ja selbst durch Festsetzung eines Bezugsmaximums in eine nullprozentige verwandeln. Dies ist eine Frage des zweiten Akts, nicht der Entschädigung. In minder zivilisierten Gegenden wird zuerst das Lösegeld gezahlt; im dunklen Walde kann es wieder abgenommen werden.

Auf kapitalistischer Seite wird man erwidern: eine schöne Obli-

gation sollen wir bekommen. An letzter Stelle steht sie, und wer sagt, wie das Geschäft geführt wird? Wo ist die Sicherheit?

Die Sicherheit ist weit größer als die einer Aktienbeteiligung an einem Unternehmen, das, wie es jetzt der Fall, todkrank ist und über lang oder kurz zugrunde geht. Sie ist aber auch größer als die einer erststelligen Obligation, denn in sehr kurzer Zeit haftet nicht mehr allein das einzelne Unternehmen, sondern nach ihm, wie wir sehen werden, die Gilde, und wenn es nottut, kann hinter der Gilde der Staat eine ungefährliche Rückversicherung oder Ausfallsgarantie übernehmen, sofern er hierfür von der Gesamtwirtschaft eine kleine Umlage erhebt.

Hiernach müßten, wenn es mit rechten Dingen zugeht, die feindlichen Brüder, Kapitalisten und Kommunisten, sich gleichzeitig befriedigt erklären, obwohl es bekanntermaßen schwierig ist, es allen Teilen recht zu machen. Doch schon erhebt sich ein dritter, der ernsteste Einwand, derjenige der Wirtschaftskenner: Wie wird es denn wirklich in der ersten Übergangszeit sein? Wird nicht tatsächlich alles drüber und drunter gehen?

Heute, verehrte Herren, heute geht alles drüber und drunter, wenn es auch nur wenige wissen, und wenn auch die Wenigen, die es wissen, sich unüberzeugt mit der Hoffnung trösten: es wird schon besser werden, wenn dies und wenn das, wenn das und wenn jenes geschieht. Es wird aber nichts geschehen. Die Lage ist schlimm und wird schlimmer werden, durch die Änderung des Aufbaus kann sie sich nur bessern.

Bevor ich aber sage, wie sie sich bessert, will ich bemerken: man glaube nicht, mein Vorschlag sei allein dieser Not entsprungen. Als ich die autonome Unternehmung beschrieb und die Neue Wirtschaft darlegte, war Not vorauszusehen, doch nicht diese Not. Gerechtigkeit und Entwicklung fordert, daß die Verwirklichung geschehe, Not fordert freilich, daß sie sofort geschehe.

Ich habe erwähnt, daß zu Anfang einige Mißstände entstehen werden, indem die bekannte Sorte nichtsnutziger, maulfertiger und schmarotzerischer Agitatoren sich um Einfluß und fette Stellen reißen wird, indem bewährte Kräfte aus Müdigkeit und Verdruß zurücktreten. Gewiß, das bedeutet Verluste und Rückschritte, doch nicht mehr und nicht weniger, als wir heute, ohne uns Rechenschaft zu geben, durch die Verfahrenheit der Arbeitsverhältnisse und durch Regierungspfuscherei an jedem Tage erleiden, ohne daß einem großen Ziel, einer neuen Hoffnung, einer sicheren Zukunft gedient wird.

Schon während dieser ersten Periode der Verwirrung wird die

Gesundung beginnen, denn zunächst gesundet der Arbeitsprozeß. So wenig ein freier Bauer auf eigenem Grunde gegen sich selbst streikt, so wenig kann eine Arbeiter- und Beamtenschaft gegen ihr eigenes Unternehmen kämpfen, sobald sie ihr Eigentumsverhältnis nur recht begriffen hat.

Zugleich aber gesundet die ganze Wirtschaft. Denn der Eigensinn und Partikularismus des Unternehmers, der für sich bleiben will, um Herr im eigenen Hause zu sein, ist ausgeschaltet, der Verbündung und Vereinigung der Werke steht nichts mehr im Wege. Von selbst entstehen Verbände und Gilden, ohne gesetzlichen Zwang setzen die Anfänge der Neuen Wirtschaft ein. Nach kurzer Gewöhnung wird eine selbstverwaltende Arbeiterschaft den Gedanken der Inlandkonkurrenz gar nicht mehr begreifen, sie wird von selbst auf Arbeitsteilung von Werk zu Werk, von Gruppe zu Gruppe, auf Ersparnis an Kraft, Stoff, Arbeit und Transport, auf Wahl des richtigen Standortes, Ausschaltung ungeeigneter Einrichtungen, Einführung durchdachter Typisierung drängen und wirken.

Mit der Entstehung der Gilden aber vollzieht sich die weitere Umgestaltung der wirtschaftlichen Verwaltung. Die Produktionspolitik geht aus den Händen der zersplitterten Werkleitungen in die Hände der zentralen Gildenleitungen über, während der Werkleitung die örtlichen Aufgaben bleiben. Daraus entspringt ein Prozeß persönlicher Auslese, denn die ungesiebten Elemente, die sich Einfluß auf die Einzelwerke verschafft haben, werden durch engere Wahlen nur insoweit in die Gildenleitungen eindringen, als sie in praktischer Arbeit ihre Eignung beweisen. Rückwirkend aber werden die Gildenleitungen die Emporbildung der Werkleitungen fördern. Dieser Verlauf gibt den ausgeschiedenen Fachkräften Vertrauen. Auch sie haben sich an eine neue Denkweise gewöhnt, sie verstehen die Bedeutung der Evolution und glauben an ihr Gelingen, die wirtschaftsdemokratischen Leitungen haben ihr hassendes Mißtrauen überwunden, die Interessengegensätze sind getilgt, man erkennt den Wert der alten Führer und überträgt ihnen neue Verantwortungen.

Die Abfindungslasten, die Vorsorge für Kapitalbeschaffung gehen vom Einzelwerk an die Gilde über, und beide Leistungen gewinnen an Kredit und Sicherheit.

Alle materiellen Vorteile aber werden von den sittlichen übertroffen. Eine Wirtschaft ist entstanden, die nicht mehr auf Feindschaft, die nicht mehr auf willkürlich aufgedrungener Leitung und unfreiwilligem Dienst beruht. Der Wirkende und Leistende, mag

er materiell besser oder schlechter gestellt sein als zuvor, wirkt un
leistet für sich selbst, für sein Werk, für seine Schöpfung, die e
selbst erhält, die er verwaltet und verwalten läßt, und die er wiede
lieben kann, so wie seine Vorfahren ihre Werke und Werkstätte
liebten, weil sie ihr Eigen waren. Trotz Mechanisierung un
Arbeitsteilung ist der alte Stand des freien Handwerks zurück
gewonnen, in solidarischem Wirken und organischem Aufbau.

Man glaube nicht, daß auch nur ein Hauch freier Initiative er
stirbt. Denn warum sollte es schwerer sein, eine freie Organisatio
für eine Neuerung zu gewinnen, als früher einen Geldmann ode
Fabrikanten? Die notwendigen Sicherungen, um auch den riskan
testen Gedanken von der Verwirklichung nicht auszuschließen, hab
ich in der Neuen Wirtschaft angezeigt. Nun erkennt man, warun
die obrigkeitliche Verfassung des alten Kapitalismus erforderlic
und gerechtfertigt war: solange die Methoden der wirtschaft
lichen Verwirklichung teils Geheimnis, teils unerhörtes Wag
nis waren, mußten kundige und kühne Einzelnaturen in de
Formen eines aufgeklärten Despotismus sich der Führung bemäch
tigen. Wirtschaft aber steht heute im Begriff, mit ihren bekann
ten und erlernbaren Methoden in Wissenschaft und Verwaltun
überzugehen, ihre phantastischen Züge sind am Erlöschen. Deshal
ist die Zeit gekommen, die Verantwortung vom Despotismus nich
wie man glaubt, auf den Konstitutionalismus, sondern unmittel
bar auf die vollkommene Demokratie der Gleichberechtigten z
übertragen.

Dem neuen, versittlichten Wirtschaftsgeist der Solidarität un
Freiheit wird kein ziviliſiertes Land sich entziehen können. Ein
Wirtschaft, die den Erfolg der Selbstverwaltung beweist, un
den männlichen Geist einer selbstbewußten und selbstbestimmende
Gemeinschaft ausstrahlt, wird etwas von der hinreißenden un
befeuernden Wirkung haben, die vor hundert Jahren das befreit
hoffnungsstarke Amerika über die müden Länder der Alten Wel
sandte. Solcher Rechtfertigung bedürfen wir. Nur dann, wen
die Menschheit aus dem Deutschland, das sie kennen gelernt z
haben glaubt, ein neues Deutschland, nicht der Unterwürfigkeit
der Leichtgläubigkeit, der Phrase und der Brutalität, sondern ei
Deutschland des männlichen Freiheitsgeistes und der organische
Schöpferkraft, hervorwachsen sieht, so ist ein neues Verhältni
der Völker unter sich und zu uns geschaffen.

Ein Zeugnis neuen Lebens ist die Weimaraner Verfassung nich
Von etlichen unbedeutenden Schmuckstücken abgesehen, könnte si

in der Biedermeierzeit geschrieben sein, ihr Inhalt setzt sich aus hundertjährigen Resten westlicher Gedankenarbeit zusammen. Sie schafft nicht ein soziales Reich der Arbeit, wie ich es im Neuen Staat geschildert habe, sondern die typische Bürgerrepublik, die ebensogut in Rumänien wie in Paraguay zu Hause ist.

An deutschen Deklamationen ist genug geleistet. Nirgends und niemals hat es so viel Programme und Projekte geregnet. Ein jedes verheißt unter Anrufung aller Dichter und Denker das Endgültige, und was geschieht, ist das Alltägliche. Wir haben eine geistige Probe zu bestehen und eine sittliche Welt wiederzugewinnen, mit Worten geschieht es nicht. Hier ist ein Weg.

Gedruckt bei Oscar Brandstetter in Leipzig

Bei S. Fischer, Verlag, Berlin:

Werke von Walther Rathenau:

Zur Kritik der Zeit
Siebzehnte Auflage. Geheftet M. 4.50, gebunden M. 7.—

Zur Mechanik des Geistes
Neunte Auflage. Geheftet M. 6.50, gebunden M. 9.—

Von kommenden Dingen
Fünfundsechzigste Auflage. Geheftet M. 6.—, gebunden M. 8.50

Deutschlands Rohstoffversorgung
Neununddreißigste Auflage. Geheftet M. —.75

Probleme der Friedenswirtschaft
Fünfundzwanzigste Auflage. Geheftet M. —.75

Streitschrift vom Glauben
Vierzehnte Auflage. Geheftet M. —.75

Vom Aktienwesen
Zwanzigste Auflage. Geheftet M. 1.—

Die neue Wirtschaft
Neunundvierzigste Auflage. Geheftet M. 1.50

Zeitliches
Fünfundzwanzigste Auflage. Geheftet M. 1.50

An Deutschlands Jugend
Zwanzigste Auflage. Geheftet M. 2.—

Nach der Flut
Fünfzehnte Auflage. Geheftet M. 1.50

Der Kaiser
Fünfzigste Auflage. Geheftet M. 1.—

Der neue Staat
Fünfzehnte Auflage. Geheftet M. 1.25

Kritik der dreifachen Revolution. Apologi
Vierzehnte Auflage. Geheftet M. 2.25

Reflexionen
Vergriffen; teilweise in den Gesammelten Schriften abgedruckt

Walther Rathenau
Gesammelte Schriften
in fünf Bänden

Geheftet 25 Mark, in Halbleinen 35 Mark,
in Halbleder 53 Mark

Inhalt:

1. Band: Zur Kritik der Zeit, Mahnung und Warnung / 2. Band: Zur Mechanik des Geistes oder Vom Reich der Seele / 3. Band: Von kommenden Dingen / 4. Band: Aufsätze / 5. Band: Reden und Schriften aus Kriegszeit

Walther Rathenaus bisher in einzelnen geschlossenen Werken, hie und da als Flugschriften, Aufsätze erschienenen Geistesleistungen kommen „gesammelt" in die Welt — und man möchte meinen, daß sie einem unbedingten Bedürfnis nach ihnen Rechnung tragen. Die ganze Welt, in ihrem ganzen Zusammenhang, in ihren Rätseln, in ihrer Mechanik, in ihren wunderbarsten Beziehungen zur großen Weltseele, fand in ihm ihre Widerspiegelung — und tönte aus seinen Worten vielfarbig, lebendig, orientalisch bunt wider. Rathenau steht im Grunde da, wo immer der größte Kritiker zu stehen haben, zu stehen streben wird: auf dem Boden der Produktivität in der Kritik. Sein Werk gründet sich auf unsere Zeit; entquillt gleichsam ihrem Born, ist aus ihr geboren — es stirbt indes nicht mit ihr. Es ist stofflich mit dem Zeitlichen begrenzt, — allein im Erkennen dieser unserer Zeit ist es unendlich. Es ist Rathenau im edelsten Sinn des Wortes: das Produkt unserer Zeit; ist Exponent dieser Zeit. Er ist der unbändigste Ankläger unserer Zeit, der glühendste Verteidiger des Lebens — nie ihr kühler Richter. Das macht die Schriften so reich, weil sie auf eine lebendig organische Plattform weisen, nicht die kritische Beziehungslosigkeit unserer Tage offenbaren — weil sie ein großes Herz, ein Dichterherz umspannen.

(Nord und Süd)

Eugen Diederichs Verlag in Jena

4. Tausend

Rathenau-Brevier

Herausgegeben von Erich Schairer

(Deutsche Gemeinwirtschaft, Heft 5)

Kart. M 1.20

Inhalt: Wer ist Walther Rathenau / Sinn des Krieges / Die neue Wirtschaft / Gemeinwirtschaft / Das gemeinwirtschaftliche Programm / Materialvergeudung / Schundproduktion und Warenhunger / Regelung des Verbrauchs / Ausfuhr und Einfuhr / Kapitalkontrolle / Kraftvergeudung / Arbeitseinteilung und Typisierung / Zerreißung des Wirtschaftsgangs / Drohnen der Wirtschaft / Berufsverbände und Gewerbsverbände / Gemeindewirtschaft / Staat und Wirtschaft / Das unpersönliche Unternehmen / Die Triebkraft „Gewinnstreben" / Die „freie Konkurrenz" / Die neue Gesellschaft / Die Herrschaft der Reichen / Der arme Staat / Der Volksstaat / Unser verkehrtes Eigentumsrecht / Überwindung der Klassengegensätze / Arbeitspflicht / Vergeistigung der Arbeit / Neue Sitte und Sittlichkeit / Wiedergeburt aus der Gesinnung.

Das Heft gibt eine Zusammenstellung von hundert Zitaten aus Rathenaus Schriften. Sie wird eingeleitet durch eine Selbstbiographie Walther Rathenaus.

Deutsche Junglehrer-Zeitung: Das Rathenaubrevier gibt in einer Zusammenstellung von hundert Zitaten aus Rathenaus Schriften einen Begriff seiner wirtschaftlichen und sozialen Gedankenrichtung, die von der Erkenntnis ausgeht, daß die bestehende Wirtschaftsordnung die Aufgabe nicht, die kommunistische sie noch weniger löst. Wir lernen sein gemeinwirtschaftliches Programm kennen und seine Forderungen auf Neugestaltung der Gesellschaft. Es sind nicht die Gedankengänge eines Parteimannes oder eines dem Pulsschlage unseres Wirtschaftslebens fernen Gelehrten.

Freie Wirtschaft: Die Schrift erleichtert den Gebrauch von Rathenaus Schriften, insofern sie dessen Äußerungen über den Sinn des Krieges, die neue Wirtschaft, die Schunderzeugung, die Regelung des Verbrauchs, Kapitalkontrolle, Kraftvergeudung, Gemeinwirtschaft, Staat und Wirtschaft, das unpersönliche Unternehmertum und die „freie Konkurrenz" sowie über die Überwindung der Massengegensätze, neue Sitte und Sittlichkeit, die in den verschiedenen Gelegenheitsschriften zerstreut sind, zusammenstellt.

197253 Ec.H R2342a

Author Rathenau, Walther

Title Autonome Wirtschaft.

University of Toronto Library

DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

Eugen Diederichs Verlag in Jena

Robert Wilbrandt
Sozialismus

br. M 15.—, geb. M 18.—

Inhalt:

Erster Teil: Die Wurzeln des Sozialismus: I. Die Lage des Proletariats. 1. Die soziale Frage. 2. Die Grenzen der sozialen Reform. II. Die Unwirtschaftlichkeit in Volks- und Weltwirtschaft. 1. Die Volkswirtschaft. 2. Die Weltwirtschaft.

Zweiter Teil: Aufkeimende Praxis: I. Freie Gemeinwirtschaft. 1. Der Sozialismus der Konsumenten. 2. Der Sozialismus der Produzenten. II. Zwangsgemeinwirtschaft. 1. Ansätze zum Sozialismus von oben. 2. Kommunal- und Staatssozialismus.

Dritter Teil: Sozialisierung: I. Der Aufbau der Gemeinwirtschaft. 1. Was ist Sozialisierung? 2. Unsere heutige Not. II. Die dringendsten Erfordernisse: Kohle und Brot. 1. Sozialisierung des Kohlenbergbaus. 2. Sozialisierung der Landwirtschaft.

Schlußworte: 1. Die Vorbedingung der Tat. 2. Die Vorbedingung des Gelingens.

Heidelberger Neueste Nachrichten: Noch unter den starken Eindrücken geschrieben, die der Verfasser in rastloser eigener Mitarbeit an der Rettung des Reiches und der Wirtschaft aus der verzweifelten Lage des Revolutionswinters empfangen hatte, ist dieses Buch des Tübinger Nationalökonomen und Mitgliedes der ehemaligen Sozialisierungskommission Prof. Dr. Robert Wilbrandt eine einzigartige Erscheinung in der politischen Literatur der Zeit. Klare und besonnene Kritik und scharfes Erfassen der Wurzeln innerpolitischer Nöte vereinigen sich hier mit praktischen Vorschlägen zu aufbauender Organisation sozialistischer Wirtschaft. Leidenschaftliche Liebe zum deutschen Vaterlande sieht in der Verwirklichung der als notwendig erwiesenen Wirtschaftsform des Sozialismus den Weg zu einer neuen und tieferen Einheit des Volkes. Sozialismus und Vaterlandsliebe, nicht mehr Gegensätze, sondern sich wechselseitig bedingend. Im ersten Teile des Buches werden an Hand zahlreichen Tatsachenmaterials die Wurzeln des Sozialismus in der sozialen Lage des Proletariats und der Planlosigkeit der Volks- und Weltwirtschaft während der Herrschaft der freien Konkurrenz aufgezeigt. Der zweite Teil des Buches behandelt in zahlreichen lebendig geschilderten Beispielen vorrevolutionäre Anfänge sozialistischer Praxis in freier und Zwangswirtschaft. Von dem Grundgedanken ausgehend, daß Sozialisierung nicht Verstaatlichung ist, wird in dem dritten und umfangreichsten Teile des Buches „Sozialisierung" der Aufbau der sozialistischen Gemeinwirtschaft behandelt.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig